FaktenCheck: Hellas – Solidarität mit der Bevölkerung in Hellas

13. April 2015 | Erstellt von Manfred Baberg

Nummer 1, April 2015

Zahlreiche Personen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und NROs haben gemeinsam eine Griechenland-Zeitung herausgegeben, deren zentrales Ziel die Bekämpfung der in Deutschland weit verbreiteten Vorurteile gegenüber Griechenland und seiner neuen Regierung ist, um so eine Solidarität mit der durch die Troika und insbesondere die Politik der deutschen Bundesregierung schwer geschädigten griechischen Bevölkerung zu erreichen. Neben den Hintergründen und Fakten der aktuellen Krise und ihren konkreten Auswirkungen für die Menschen in Griechenland wird auch die Problematik deutscher Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges und der weitgehend ausgebliebenen Reparationen angesprochen. Zum Schluss werden Forderungen zur Änderung der Politik aufgestellt.

Hintergründe und Fakten

Im Unterschied zu den in Deutschland weit verbreiteten Stammtischparolen haben „wir“ nicht den Griechen geholfen, sondern 80-90 % der Hilfsgelder flossen an deutsche, französische und auch griechische Banken. Unhaltbar ist auch der Vorwurf, die griechische Regierung sei für die aktuelle Finanz-und Wirtschaftskrise verantwortlich. Tatsächlich hat die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF in ihren Memoranden der griechischen Regierung im Detail vorgeschrieben, welche Politik sie zu betreiben habe und ist deswegen auch für die daraus resultierenden Schäden verantwortlich. Die Übernahme eines Großteils der griechischen Schulden im Jahre 2010 war keine Wohltat für Griechenland, sondern diente ausschließlich dazu, die Banken vor den Folgen ihrer unverantwortlichen Kreditvergabe zu schützen.

Auswirkungen für die Menschen in Griechenland

Die Folgen der von der Troika verordneten Politik sind vor allem im Sozial-und Gesundheitsbereich spürbar. So wurden Renten und Pensionen erheblich gekürzt, die Arbeitslosigkeit ist insbesondere unter jungen Leuten massiv gestiegen und das ohnehin schon sehr reformbedürftige Gesundheitswesen kann einen großen Teil der Bevölkerung nicht mehr versorgen. An seine Stelle tritt Hilfe von Organisationen wie „Ärzte der Welt“, die

früher nur Flüchtlinge versorgt haben, jetzt aber auch für „autochthone“ Griechen arbeiten, die ihren Versicherungsschutz verloren haben.

Die Reparationsfrage

Die Deutschen haben Griechenland 1941 überfallen und in der folgenden Okkupationszeit schreckliche Massaker an der Zivilbevölkerung begangen und über 10.000 Ortschaften niedergebrannt. Obwohl dem Land 1945/46 von der Inter-Alliierten Reparationskonferenz Entschädigungen von 7,1 Milliarden $ zugesprochen wurden, hat Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren nur insgesamt 140 Millionen gezahlt.

Forderungen

Die Plattform „FaktenCheck: Hellas“ stellt abschließend folgende Forderungen auf:

1. Wie von der neuen griechischen Regierung gefordert, soll ein Schuldenschnitt vereinbart werden.
2. EU und europäische Regierungen dürfen den Vermögenden und großen Unternehmen nicht weiterhin Instrumente zur Steuerhinterziehung zur Verfügung stellen wie z.B. in Luxemburg.
3. Deutschland muss sich zu Reparationszahlungen verpflichten und unabhängig davon den Zwangskredit zurückzahlen den das Hitler- Regime 1942 Griechenland auferlegt hat.
4. Es muss ein neues Europa gegründet werden, das auf Gerechtigkeit, Demokratie und Völkerverständigung aufgebaut ist.

Fazit

Der FaktenCheck: Hellas leitet eine gerade in Deutschland dringend notwendige Korrektur des durch Hetzkampagnen unter anderem der Bild-Zeitung verzerrten Griechenlandbildes ein. Der Zeitung ist deswegen eine weite Verbreitung zu wünschen. Ausgedruckte Exemplare können unter „bestellung@faktencheckhellas.net“ angefordert werden. Die digitale Version ist unter dem folgenden Link zu erreichen: http://www.faktencheckhellas.net/